

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 58 (1964)
Heft: 5

Artikel: Eine neue Allianz - für Reaktion und Revolution
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140893>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keit — der Kampf um die Führung und Abwehr möglicher Gewalttäter und Draufgänger — zu den schwierigsten Aufgaben der heutigen Menschheit.

Für diesen Kampf sind wesentlich: Eine neu erstandene Moral, eine moderne Auffassung von Gott und Unendlichkeit, von Leben und Tod — etwas was über die Auffassungen selbst einer freien kapitalistischen Gesellschaft und über das Dogma vom Klassenkampf hinausgeht.
(Aus «The New Era», Januar 1964)

Albert Schweitzer

... Wir leben noch in der Unmenschlichkeit, weil wir noch in Betracht ziehen, Kriege mit Atomwaffen zu führen, wo wir schon in den letzten modernen Kriegen in der Unmenschlichkeit versanken, ohne es uns einzugestehen, ohne dessen bewußt zu werden. Es handelt sich um das Schicksal der Menschheit.

Und es müssen viele sein, die diese Einsicht aufbringen, um was es in unserer Zeit geht.

Wer es begriffen hat, muß es bekennen und verkündigen.

(In einem Brief an Karl Häberlen, 18. Oktober 1962)

Walter Lippman (der große amerikanische Kommentator)

Das Schwinden des Gefühls für Anständigkeit im modernen Zeitalter — die Behandlung menschlicher Wesen als Dinge als bloße Instrumente der Macht und des Ehrgeizes ergibt sich notwendigerweise, wenn man aufhört zu glauben, daß der Mensch mehr ist als ein Tier, das auf Grund hochentwickelter Reflexe und chemischer Reaktionen sein Leben fristet.

Die Freiheiten, die wir heute zu verteidigen behaupten, wurden proklamiert von Menschen, die ihre Auffassung vom Wesen des Menschen der großen religiösen Überlieferung des Westens verdankten — und die Freiheiten, die wir geerbt haben, werden mit an Sicherheitsgrenzender Wahrscheinlichkeit untergehen, wenn wir jene Überlieferung preisgeben.
(Aus «The Churchman», Januar 1964)

Eine neue Allianz - für Reaktion und Revolution

Präsident Kennedy nannte seine Pläne für die Entwicklung Südamerikas eine «Allianz für den Fortschritt». Was daraus neuerdings geworden ist, stellt I. F. Stone in seinem Wochenblatt vom 20. April in einer ausgezeichneten Analyse dar.

«Mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Wenn dieser Wirtschaftssektor seine bisherige Unbeweglichkeit beibehält, so wird jede Bauernbewegung in Kürze zu marxistisch-leninistischen Organisationsmethoden Zuflucht nehmen» und «eine rechtsradikale Diktatur schafft die günstigsten Bedingungen für eine wirkliche Revolution marxistischen Typs.»

Celso Furtado, Wirtschaftsminister in der Regierung Goulart, heute Universitätslehrer in Chile

I. F. Stone schreibt am 20. April: «Die Haltung der amerikanischen Regierung Brasilien gegenüber ist ganz einfach eine Tragödie. Im Riesenkampf um die Führung der revolutionären Bewegung im kolonialen Bereich hilft unsere Regierung in blinder Torheit den Chinesen. Maurice Duverger in seinem Artikel in „Le Monde“ vom 10. April trifft den Nagel auf den Kopf schon im Titel seines Artikels „Das Ende der Kennedy-Politik?“, und wenn er weiter bemerkt, die Vertreibung Goularts mache so recht verständlich, warum Marx vor 100 Jahren behauptete, die herrschenden Klassen würden den Verlust ihrer Vorrrechte niemals ohne Gewalt zu antworten hinnehmen. In einer Welt thermonuklearer Bewaffnung ist der Friede eine absolute Notwendigkeit und friedliche Reformen die logisch sich daraus ergebende Forderung. Revolutionäre Aufstände in Südamerika werden die politische Atmosphäre in den USA und andern Ländern vergiften und humane Maßnahmen weniger wahrscheinlich machen. Die Welt ist des Hassens und Mordens müde, handle es sich nun um Nationen, Rassen oder Gesellschaftsklassen — hat doch die Glut von Auschwitz und Hiroshima noch kaum Zeit gehabt zu erkalten. Und doch haben wir in diesem Zeitpunkt die Enteigneten in Brasilien und andern kritischen Gebieten im Gefühl bestärkt, daß ihr Elend nicht ohne Blutvergießen zum Verschwinden gebracht werden kann. Die Kennedy-Regierung, mit all ihren Fehlern, gab diesen Leuten doch wenigstens ein Lichtlein der Hoffnung. Präsident Johnson täte gut daran, sich Rechenschaft zu geben, daß er daran ist, diese Hoffnung auszulöschen.

Selbst ein bloßer Ansatz zu Landreform unterdrückt

Der Charakter des neuen brasilianischen Regimes erhellt aus der ersten Regierungsmaßnahme seines militärischen Chefs, General Branco. Sie bestand darin, Goularts Bodenreform-Dekret aufzuheben. Diese Reform hätte bloße 3 Prozent des in Privatbesitz befindlichen Landes betroffen. Sie fußte, nach der Londoner „Financial Times“ vom 2. April, auf einem vor 22 Jahren aufgestellten Gesetz — das bisher nie zur Anwendung kam — wonach die Regierung 10 km breite Landstreifen auf beiden Seiten von allen Straßen, Eisenbahnen und Kanälen für den Staat requirieren konnte. Es war dies die einzige gesetzliche Möglichkeit von der Goulart Gebrauch machen konnte. Eigentlich war es nur ein Ansatz zu Reformen in einem Lande, wo 60 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben und wo 8 Prozent der Grundbesitzer 75 Prozent des bebauten Landes innehaben. Seit Jahren predigen wir den Lateinamerikanern, sie müßten eine Bodenreform durchführen. Und jetzt unterstützen wir ein Militärregime, das in Brasilien die ersten Anfänge einer solchen Reform blockierte. Als das brasilianische Parlament letzten Juli der Einigung über weitergreifende Reformmaßnahmen nahe kam, waren es zwei Parteien der äußersten Rechten, die die Annahme dieses Programmes verhinderten. Die Füh-

rer jener Parteien, Gouverneur Lacerda von Guanabara und Gouverneur de Barros von São Paulo waren im nicht-militärischen Sektor die Haupttreiber zum Sturz Goularts; sie sind heute Liebkind in Washington. Die römisch-katholischen Bischöfe Brasiliens veröffentlichten letzten Juli eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Bodenreform, und stellten vor allem fest, daß Landentschädigung in Form staatlicher Schuldverschreibungen statt in Bargeld keine Verletzung der Besitzerrechte darstelle. Und doch war Goularts Botschaft an das Parlament (15. März), in der er eine Verfassungsnovelle vorschlug, um gerade diesen Entschädigungsmodus zu ermöglichen, einer der Vorwände für die Machtübernahme durch die Militärs.

Die Verfassungsrevision, die Goulart den Kammern vorschlug, hätte ein etwas demokratischeres Brasilien geschaffen. Er verlangte, daß der Ausweis über Lesen-und-Schreibenkönnen, von dem das Stimmrecht bis jetzt abhing, aufgehoben werde, daß weiter die Unteroffiziere und Soldaten in der Armee ebenfalls die Wahlrechte haben sollten, die heute nur die Offiziere genießen. Das heutige Brasilien mit einer Volkszahl von etwa 80 Millionen hat ein Parlament, das von nur 11 Millionen Wählern erkoren wird. Den Privilegierten war es natürlich besonders zuwider, das Stimmrecht auf die unteren Ränge der Truppen ausgedehnt zu sehen, die wie die Londoner 'Times' redaktionell feststellte (2. April) bereits ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl mit der zivilen Arbeiterbewegung an den Tag legen, welch letztere in der wirtschaftlichen Entwicklung nur die Macht sieht, die die Reichen reicher macht und die Armen dem Elend überläßt. Selbst beim gegenwärtigen, beschränkten Stimmrecht siegte Goulart 9:1 über die militärischen und rechtsradikalen Kreise, als er in einer Volksabstimmung die Wiederherstellung einer starken Präsidentschaft forderte. Es ist dieselbe militärische und rechtsradikale Opposition, die ihn seither gestürzt hat. Dies sind also die Männer, die wir der Welt als Verteidiger der Demokratie vorstellen.

Keine intelligente Politik

Unsere nationale Führerschicht muß bei einigermaßen einsichtigen Lateinamerikanern recht ärmliche Figur machen. Wozu die überstürzte Billigung des brasiliensischen Staatsstreiches, bevor noch die Situation sich geklärt hatte. Es scheinen nämlich zwei Gegenrevolutionen stattgefunden zu haben. Die erste brachte den Sturz Goularts und seine Ersetzung durch den Präsidenten der Deputiertenkammer — Senhor Mazzili. Diese erste Gegenrevolution konnte man zur Not noch als verfassungsmäßig bezeichnen, wenn man bereit war, den Schönheitsfehler zu übersehen, daß das Militär den Präsidenten absetzte. Auf diese Revolte folgte ein paar Tage später eine zweite, weil das Parlament sich weigerte, den Militärs und Lacerdas Rechtsradikalen die weitgehenden Vollmachten zu politischen 'Säuberungen' zu-

zugestehen, die sie von ihm verlangten. Die erste Revolte hatte die Zustimmung der Zentrums- und gemäßigt Rechtsparteien. Die zweite Revolte hatte diese Unterstützung nicht. Das Regime, wie es aus der zweiten Revolte hervorging, konnte einzig auf die äußerste Rechte und das Militär zählen. Es ist so starr, daß es seinen eigenen Sturz provozieren muß. Gewiegtere Goldene-Mittelweg-Politiker, wie der frühere Präsident Kubitschek, die verstehen, daß soziale Reformen notwendig sind, sind heute Zeugen, wie die USA Ultra-Reaktionäre unterstützen, die nicht einmal bei den privilegierten Schichten ihres Landes eine zustimmende Mehrheit finden. Der Unterschied zwischen Kubitschek und Lacerda ist etwa dem Unterschied zwischen einem Taft und einem McCarthy zu vergleichen, oder zwischen einem senkrechten Konservativen und einem gewissenlosen faschistischen Demogogen. Daß wir nun ausgerechnet auf diesen Lacerda und die Militärs setzen, ist wahrhaftig keine intelligente Politik.

Unsere schlimmsten Feinde hätten uns nicht mehr schaden können, als wir selbst durch unsere Bereitschaft, ein *Militärregime als verfassungsmäßig anzuerkennen*, das einen Zehntel des brasilianischen Parlamentes ‚gesäubert‘ hat, mindestens zwei Staatsgouverneure neben Tausenden anderer verhaftet, Bauernverbände und Gewerkschaften im ärmsten Nordosten des Landes aufgelöst und die Pressefreiheit abgeschafft hat. Die militärischen Chefs haben dem Land einen ‚institutional act‘, wohl eine Art ‚Nationalen Notstand‘ auferlegt, den das Parlament nicht akzeptierte. Wie der ‚Washington Star‘ am 12. April schrieb, soll die Maßnahme ‚gegen Kommunisten und Linksextremisten gerichtet sein‘, doch braucht für die Verurteilung keine ‚linke‘ Betätigung nachgewiesen zu werden, noch bestehen Rekursmöglichkeiten. Es ist ein Schreckensregiment, wie es im Buche steht. Die Gefängnisse sind überfüllt. Zwei Schiffe im Hafen von Rio nehmen an Verhafteten auf, was in den Gefängnissen nicht Platz findet, wie auch die Insel Fernand Noronha, wo die USA U-Boot-Installationen unterhalten.

*Johnson, Rusk und McGeorge Bundy begrüßen all dies
als einen Triumph der Freiheit*

Der Führer der gemäßigt Labor Party in der brasilianischen Deputiertenkammer anderseits sagte das Urteil der Geschichte voraus in seinem Protest: ‚In Brasilien gibt es heute weder Gerechtigkeit noch gilt Gesetz und Ordnung. Unter heutigen Umständen wäre es besser den Parlamentsbetrieb einzustellen und mit dieser Farce einer Demokratie Schluß zu machen.‘ Was er als Farce bezeichnet heißt bei uns ‚der neue Johnsonsche Pragmatismus‘. Wie der Scripps-Howard-Vertreter beim State Department es auszudrücken wußte (Washington Daily News, 3. April) gibt es ‚gute militärische Coups und schlechte. Der in Brasilien diese Woche, ist das Beispiel eines guten Staats-

streiches. Es gibt auch schlechte demokratische Wahlen wie gute. Die vom nächsten September in Chile werden das vielleicht beweisen.» «Aber, wenn wir das demokratische Urteil zu fürchten haben», fügt I. F. Stone hinzu, «ersuchen wir die Herren Militärs die Sache zu schmeißen.»

Es ist, wie gesagt, eine neue Allianz — für Reaktion und — Revolution.

Wie wehren sich die Bauern in Amerika?

Ein fortschrittliches 10-Punkte-Programm der Farmer von Iowa

1. Ausgleich des Einkommens für den Farmer auf dem einzigen möglichen Weg durch die Bundesgesetzgebung. Bodenreform und eine abgestufte Bodensteuer, die dem *Bebauer* des Bodens in erster Linie und nicht dem Besitzer das Arbeitseinkommen sichert.
2. Preiskontrolle *durch* und *für* das Volk und nicht für die Monopol-Inhaber.
3. Bürgerliche Rechte — echte Volksherrschaft in politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und rassischer Hinsicht, das heißt Erfüllung der Verfassungsgarantien.
4. Vollbeschäftigung für alle körperlich Tauglichen bei guten Löhnen.
5. Ausgedehntere soziale Sicherheit — einschließlich Spitalpflege, ärztliche Betreuung für alle Empfänger öffentlicher Unterstützung.
6. Volle Kontrolle des Bundesfinanzhaushaltes durch den Kongreß, Ausschaltung der Federal Reserve Bankiers.
7. Abschaffung der Militärdienstpflicht für alle Zeiten.
8. Abschaffung der unamerikanischen Untersuchungsausschüsse gegen un-amerikanische Betätigung — für immer.
9. Schluß mit den Nuklearversuchen, und zwar jetzt.
10. Schließlich und als wichtigstes Erfordernis: Weltfrieden und Abrüstung durch eine demokratisierte UNO, die alle Nationen und Völker der Welt nach Maßgabe ihrer Volkszahl vertritt. Einen Weltgerichtshof, der Einzelpersonen für die Auslösung eines Krieges und nicht ganze Völker bestraft — in Übereinstimmung mit den Nürnberger Beschlüssen. Wir sind für weltweiten Handel und vermehrten Austausch wissenschaftlicher Kenntnisse und kultureller Errungenschaften.

Aus «USA-Farm News», Des Moines, Iowa, Dezember 1963